

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einsch. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.00 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72204. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei U. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72204. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 72204

Inseratenpreise: Die 10. Spalte, Kolonelle 35 Pfg., bei Vorkauf 40 Pfg. Stellenangebote 10 Spalte, Kolonelle 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10 Spalte, Kolonelle mit 50% Nachlag. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausm.: die 10. Spalte, Kolonelle 40 Pfg. bei Vorkauf 50 Pfg., Reklamezeile 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Zusteller, unsere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

Vom Panzerkreuzer zum Skandal Statt für 9 Millionen schon für 32 Millionen Mark Panzerkreuzer-Aufträge vergeben

Innerpolitische Krise?

Noch im Laufe dieser Woche soll der Reichstag über den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zum Panzerkreuzer entscheiden. So kurz und eindeutig dieser Antrag formuliert ist: „Der Bau des Panzerkreuzers A wird eingestellt“ — so sind doch die Schwierigkeiten, in die er die bürgerliche Mehrheit bringt, recht groß. Mit den Sozialdemokraten werden die Kommunisten stimmen (soweit sie anwesend sind), außerdem die Demokraten und voraussichtlich einige Abgeordnete der Wirtschaftspartei. Im Zentrum soll anfänglich auch bei einer Reihe Abgeordneter die Absicht bestanden haben, für den sozialdemokratischen Antrag zu stimmen. Wenn nun von den Fraktionen, die geschlossen für ihn eintreten, nicht eine größere Anzahl Abgeordneter abwesend ist, kann mit der Annahme des Antrages gerechnet werden. Darin sehen die Militaristen in der deutschen Republik eine Gefahr und wie aus ihrem Verhalten hervorgeht, sogar eine große Gefahr. Denn sie scheinen entschlossen zu sein, selbst einer innerpolitischen Krise nicht aus dem Wege zu gehen, um die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages und damit die Fortsetzung des Baues des Panzerkreuzers zu erzwingen. Der Reichswehrminister Götner, der als ein „guter Republikaner“ gilt und der sich selber zu einem „vernünftigen Sozialismus“ bekannt hat, versucht, mit der Drohung seines Rücktritts von den Parteien die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages zu erpressen. Nach dem sozialdemokratischen Presseblatt stellt sich die politische Situation wie folgt dar:

Bei den bürgerlichen Parteien werden die äußersten Anstrengungen gemacht, den Panzerkreuzer-Antrag der Sozialdemokratie zu Fall zu bringen. Dabei ist es dort sehr wohl bekannt, daß sowohl bei der Wirtschaftspartei als auch innerhalb der Zentrumspartei große Sympathie mit dem sozialdemokratischen Antrag besteht und daß Abgeordnete dieser Parteien sich der Abstimmung enthalten bzw. dafür stimmen wollen. Das ist wohl auch der Grund, daß der Reichswehrminister Götner mit den äußersten Mitteln, u. a. mit der Drohung des Rücktritts für die Durchführung des Panzerkreuzerbaues arbeitet. Er hat mehreren Parteiführern gegenüber erklärt, daß er aus Prestige-Gründen unbedingt am Bau des Panzerkreuzers festhalte. Allerdings will er auch sachliche Gründe für diese hartnäckige Vertretung seines Standpunkts haben.

Der Reichswehrminister hat sich nicht auf diese persönliche Beeinflussung beschränkt, sondern auch eine Denkschrift verfaßt, die dem Reichspräsidenten und den Mitgliedern des Kabinetts überreicht worden ist.

Man erfährt daraus die überraschende Tatsache, daß vom Reichswehrminister schon Bestellungen im Betrage von 32 Millionen Mark ausgegeben und daß von den bewilligten 9 Millionen sogar schon 6 Millionen in bar als erste Rate bezahlt worden sind.

Das Reichswehrministerium behauptet, daß es nach der Haushaltsordnung rechtlich dazu berechtigt gewesen sei. Das ist keineswegs unbestritten. Aber selbst wenn man die Auffassung des Reichswehrministeriums als richtig unterstellen will, so bedeutet es doch eine politische Illogikalität, vor der Entscheidung über den sozialdemokratischen Antrag Aufträge für den Bau des Panzerkreuzers in so erheblichem Umfange zu vergeben und damit die politische Lage außerordentlich zu verschärfen.

Sollte der Reichswehrminister bei der Annahme des sozialdemokratischen Antrages seinen Rücktritt vollziehen, so würde sich möglicherweise daraus eine allgemeine Regierungskrise entwickeln. Ob sich daran auch eine Krise im Reichspräsidentium anschließt, ist durchaus noch nicht sicher.

Die grundsätzliche Stellung der sozialdemokratischen Partei zur Frage des Panzerkreuzers wird sich dadurch in keiner Weise verändern.

Zwischen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und den vier sozialdemokratischen Ministern in der Reichsregierung herrscht vollkommene Übereinstimmung. Der Weg der Sozialdemokratie ist durch ihren Antrag vorgezeichnet, der die Einstellung des Baues des Panzerkreuzers „A“ verlangt. Diesen Weg wird die sozialdemokratische Partei weitergehen. Es scheint, als ob man in gewissen Kreisen die Hoffnung hegt, daß die sozialdemokratischen Minister sich von ihrer Fraktion trennen würden. Die Abstimmung im Reichstag über den sozialdemokratischen Panzerkreuzer-Antrag wird mit der größten Deutlichkeit ergeben, daß diese Hoffnung trügerisch ist. Die sozialdemokratischen Minister werden mit der Fraktion stimmen.

Auf jeden Fall hat sich, wie sich aus unseren Darlegungen ergibt, die politische Situation außerordentlich zuspitzt. Die sozialdemokratische Partei wird sich weder durch Rücktrittsdrohungen noch durch andere Mittel zu nützer klaren politischen Linie in der Panzerkreuzerfrage wie auf den anderen Gebieten der Politik abdrängen lassen.

Wenn die bürgerlichen Parteien den Panzerkreuzer zu einer Wahlparole machen wollen, sei es um den Reichspräsidentenposten, sei es um den Reichstag, die Sozialdemokratische Partei ist auch dazu bereit!

Gibt der Soz. PresseDienst die Meinung der überwältigenden Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wieder, so wird damit erneut bestätigt, daß die geschlossene Opposition der sozialdemokratischen Parteimitglieder gegen den Panzerkreuzerbau einen recht erfreulichen und durchschlagenden Erfolg gehabt hat. Möglich, daß die bürgerlichen Parteien und mit ihnen auch der „gute Republikaner“ Gröner von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine solche energische Haltung nicht mehr erwartet haben. Aber sie werden sich wohl mit ihr abfinden müssen, denn in einer besonderen Notiz, die der Soz. PresseDienst verbreitet, wird noch einmal versichert, daß alle Bemühungen aus Regierungskreisen, die sozialdemokratischen Minister, und insbesondere den Reichskanzler wenigstens zur Stimmenthaltung bei der Abstimmung des Panzerkreuzer-Antrages zu bewegen, nicht von Erfolg begleitet sein werden. Die vier Genossen, die jetzt der Regierung angehören, werden also im Reichstagsplenum entgegen ihrem Verhalten im Kabinett gegen den Bau des Panzerkreuzers stimmen. Der Reichskanzler wird vor Beginn der Panzerkreuzer-Debatte eine Erklärung abgeben, in der es heißt, daß die Mitglieder der Reichsregierung sich bei der Erteilung des Auftrages zum Bau des Schiffes lediglich von budgetären Gesichtspunkten haben leiten lassen und sich im Hinblick auf den sozialdemokratischen Antrag nicht mehr an diese Entscheidung gebunden fühlen.

Wenn die wenigen bürgerlichen Abgeordneten, die für den sozialdemokratischen Antrag stimmen wollten, vor der Drohung Grönners, mit dem sich der Reichspräsident Hindenburg solidarisch erklärt haben soll, nicht zummentreten, dann wird immer noch abzuwarten sein, was geschehen wird. Aber daß Gröner und Hindenburg mit ihrem Rücktritt drohen, und daß die bürgerlichen Parteien selbst einen so hartnäckigen Kampf für den Panzerkreuzer führen, das müßte doch schließlich allen zeigen, daß es hier nicht nur um eine Frage des Prestiges geht, sondern daß mit dem Panzerkreuzer ein Prinzip, nämlich der Beginn einer neuen Flottenaufrüstung entschieden wird. Wollen die Parteien der Bourgeoisie das Volk darüber in einem Wahlkampf entscheiden lassen — die Sozialdemokratische Partei ist gerüstet!

Die Reparationsverhandlungen

SPD Paris, 11. November. (Radio.)

Nach Beendigung der französischen Regierungskrise haben nun die Verhandlungen über die Vorbereitung der Sachverständigenkommissionsberatungen zur Revision des Dawesplanes tatsächlich mit aller Energie eingesetzt. Die Unterredung zwischen dem deutschen Botschafter in Paris und dem Außenminister Briand war nicht die einzige Unterredung in dieser Richtung. Der Ministerpräsident Poincaré empfing gestern zunächst den englischen Botschafter Sir William Tyrrell, dann den Finanzminister Chéron, den Gouverneur der Bank von Frankreich, Moreau und den Direktor der Staatsschuldverwaltung, Moret. Die Verhandlungen sollen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden. Der deutsche Botschafter soll schon heute und nochmals am Freitag wieder am Quai d'Orsay vorsprechen. Die Pariser Presse bestätigt, daß nur noch ein einziger kritischer Punkt bestünde, und zwar, welche Instruktionen der Sachverständigenkommission gegeben werden sollen. Da diese Kommission tatsächlich aus unabhängigen Sachverständigen zusammengesetzt wird, scheint schon die Tatsache zu beweisen, daß Frankreich zu seinen Delegierten den Gouverneur der Bank von Frankreich, Moreau, und die beiden früheren französischen Mitglieder des Daweskomitees, Parmentier und Sergent, zu ernennen gedenkt. Die Verhandlungen zwischen den alliierten Regierungen über die auf die deutsche Demarche zu erzielende Antwort sollen bereits weit vorgeschritten sein. Die Antwort dürfte in längstens vier bis fünf Tagen erwartet werden.

Die Wahl in Nicaragua

SPD Das endgültige Wahlergebnis der Präsidentenwahlen in Nicaragua ergab 54 730 liberale und 33 113 konservative Stimmen. Damit ist General Moncada zum Präsidenten gewählt.

Die Abwehr der Sozialdemokratie

Brandes gegen die Eisenbarone

Die Debatte im Reichstag

SPD. Der Reichstag setzte am Dienstag die Debatte über die Ausperrung im Ruhrgebiet fort.

Abg. Brandes (Soz.)

Der kommunistische Abgeordnete Florin hat gestern eine solche Fülle falscher Behauptungen gegen die Gewerkschaften, gegen meine Parteifreunde und über die ganze Situation ausgesprochen, daß ich meine Redezeit aufbrauchen würde, wollte ich alle diese Unwahrheiten widerlegen. Das werden Sie mir nicht zumuten. (Allgemeine Zustimmung.)

Die Erregung über diesen rücksichtslosen Angriff der Unternehmer erinnert an die Novembertage vor 10 Jahren. Damals hat die Entrechtung und Unterdrückung der Arbeiter zum Aufstand geführt. Es ist unerträglich für einen Rechtsstaat, daß eine Handvoll Leute Hunderttausende, ja Millionen brotlos machen kann — nur deswegen, weil der Staat Frieden stiften wollte auf Grund der Gesetzgebung, wobei die Forderungen der Arbeiter nur zu geringem Teil bewilligt worden sind. In dem größten deutschen Industriegebiet herrscht deswegen eine Kampfstimmung wie 1923/24. Die Gesamtwirtschaft ist auf das schwerste erschüttert und der Reichstag ist verpflichtet einzugreifen.

Es war nicht leicht für die Gewerkschaften, diesem Schiedspruch zuzustimmen.

Die Unternehmer aber antworteten, indem sie das Reich durch die Mißachtung der Verbindlichkeitsklärung verhöhnen. (Sehr wahr!) Die Unternehmer wollen das Schlichtungsverfahren mit allen andern sozialpolitischen Einrichtungen zerrüttern, dazu haben sie schon einen 50-Millionen-Fonds errichtet. Hundertmal sind Schiedsprüche vom Schlichter allein gefällt worden — niemals haben die Unternehmer dagegen protestiert. Die Vorkordrungen sind früher auf Verlangen der Unternehmer in Schiedsprüche hineingekommen, jetzt wollen sie daraus die Rechtsunwirksamkeit ableiten! Dieser Schiedspruch ist geradezu eine Kopie vieler anderer, gegen die die Unternehmer niemals Einspruch erhoben haben. Das gestrige Urteil des Duisburger Arbeitsgerichts wundert einem nicht, wenn man weiß, daß 55 Prozent der Schiedsprüche nicht für verbindlich erklärt werden konnten, weil sie grobe Formfehler enthielten. Warum sind die Unternehmer nicht an das für den Sitz ihres Verbandes zuständige Arbeitsgericht gegangen, sondern nach Duisburg? Vielleicht weil dieser Vorfallende

in einem Kampf der Binnenschiffer eine extrem gewerkschaftsfeindliche Haltung eingenommen hat? (Hört, hört!) Derselbe Richter hat, nicht in der Verhandlung, aber nachher in der Presse eine Urteilsbegründung gegeben, in der ganze Stellen aus den Darlegungen der Unternehmer entfallen sind. (Hört, hört!) Der Richter sagt, es sei gerichtsbekannt, daß der Schiedspruch nur vom Schlichter allein gefällt worden sei; die Schlichtungsberatung ist doch geheim, jene Behauptung kann nur durch Bruch der Vertraulichkeit entstanden sein, und das nennt man gerichtsbekannt!

Die Unternehmer haben den Kampf gewollt, Vorspiele dazu hat es genug gegeben, so in dem bekannten Hagener Fall. Wir sind zur Verkündigung bereit, aber nur unter Anerkennung des Schiedspruchs, denn wohn würde es führen, wenn die Arbeiter sehen müßten, daß nur zu ihrem Nachteil Schiedsprüche mit Erfolg verbindlich erklärt werden, aber nicht, wenn die Unternehmer es verbieten.

Auch nach dem Schiedspruch bleiben die Löhne noch unter denen in anderen deutschen Eisenwerken.

Dazu kommt die Rationalisierung, deren Erfolg sich darin ausspricht, daß immer noch rund 6000 Arbeiter 60 Stunden in der Woche arbeiten, 75 000 noch 57 Stunden, 90 000 noch 54 Stunden, 84 000 noch 56 Stunden und nur 19 000 bloß 48 Stunden in der Woche, jedoch auch diese nur 2 Wochen lang, während in der dritten Woche eine Schicht dazu kommt! (Hört, hört!) Es wäre doch traurig, wenn eine so hoch rationalisierte Industrie diese Lohnerhöhung nicht ertragen könnte. Was die geringe Erhöhung der Akkordlöhne anbelangt, so beträgt sie in Dreierteilen aller in Frage kommenden Werke nur 2 Pfennig, nur bei einem bescheidenen Teil 6 Pfennig. Die Lohnsteigerung erhöht die Produktionskosten nur zwischen einem halben und 2 Prozent, in wenigen Fällen um 2½ Prozent. Das soll untragbar sein. Als aber der Kampffonds geschaffen wurde, und sich dagegen eine gewisse Opposition zeigte, erklärte Herr Bönsgen den Opponenten, es handle sich doch nur um 2½ Prozent der Lohnsumme.

Für Kampfbeiträge ist das Geld da, aber wenn es um den Menschen geht und um keine Kultur, dann sind diese 2½ Prozent Erhöhung untragbar! (Hört, hört!)

Wir haben gar keine genauen Unterlagen dafür, wie die Lohnerhöhung auf die Preise wirken würde. Darüber gibt es nur Verhältniszahlen aus verschiedenen Zeiten, die sich schlecht miteinander vergleichen lassen. Höchste Zeit wird es, daß auch für das Eisen ein Selbstverwaltungsförderer geschaffen wird, allerdings ein anderer als der Eisenwirtschaftsbund, der trotz seiner Unzulänglichkeit von den Unternehmern in der heftigsten Weise bekämpft und schließlich